

OSTEUROPA-INSTITUT MÜNCHEN

Scheinerstr. 11 * D-81679 München * Tel.: 089/99 83 96-0 * Fax: 089/98 10 110
E-Mail: oeim@lrz.uni-muenchen.de * Internet: www.lrz-muenchen.de/~oeim



Kurzanalysen und Informationen

Nr. 9 August 2003

Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung

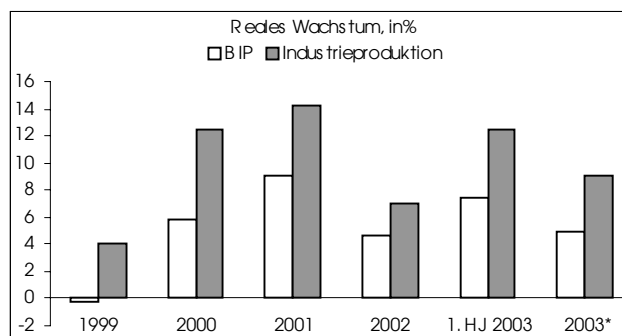
Die Wirtschaftslage der Ukraine im Sommer 2003:

Allgemeine Tendenz: Positiv

Manuela TROSCHKE

Die ukrainische Wirtschaft ist im ersten Halbjahr 2003 mit einer Zunahme des BIP um 7,5% stärker als erwartet gewachsen. Dabei trug vor allem die Inlandsnachfrage zu der positiven Entwicklung bei. Die Verbrauchereinkommen stiegen im Vergleich zur Vorjahresperiode um 11%, was sich in einer lebhaften Nachfrage nach Konsumgütern niederschlug. Der Einzelhandel konnte ein Plus von 16,5% verbuchen. Auch die Nachfrage nach Investitionsgütern war lebhaft. Die Anlageinvestitionen der inländischen Unternehmen, die nach Angaben des Statistikamtes eine drastische Verbesserung ihrer Gewinnsituation verzeichneten, stiegen im ersten Quartal um 23,1% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit hat sich die Struktur der Nachfrage erstmalig zugunsten der Investitionen verschoben. Im Außenhandel sind die Signale gemischt. Die Exporte haben sich eindeutig erholt – die Zollstatistik zeigt für die ersten fünf Monate des Jahres eine Zunahme um 27%. Gleichzeitig wurde ein Teil der Inlandsnachfrage im Ausland gedeckt, so dass der Zuwachs bei den Importen mit 29,2% höher ausfiel als das Exportwachstum. Die monetären und fiskalischen Indikatoren stützen bislang die positive Einschätzung der Lage. Der Preisanstieg im ersten Halbjahr blieb mit 4,6% gegenüber dem Dezemberwert moderat, die Budgeteinnahmen flossen in geplanter Höhe zu. Die Einschätzung der Kreditwürdigkeit des Landes durch die internationalen Ratingagenturen hat sich verbessert.

Dennoch bleibt die Ukraine ein Land mit großen strukturellen Problemen. Das Geschäftsklima hat sich in den letzten Jahren kaum verbessert, das institutionelle Umfeld bleibt schwierig, und wichtige Vorhaben wie die Steuerreform kommen nicht voran. Um dies zu ändern, hat die Regierung Janukowitsch nun mehr Handlungsfreiheit: Im Mai billigte das Parlament das Aktionsprogramm der Regierung, die somit ein Jahr lang vor Misstrauensanträgen geschützt ist. Schon jetzt machen sich in der Wirtschaftspolitik allerdings die im Herbst 2004 stattfindenden Präsidentschaftswahlen bemerkbar – die meisten Präsidentschaftskandidaten verfügen über Wirtschaftsvermögen oder Teile der Medien.

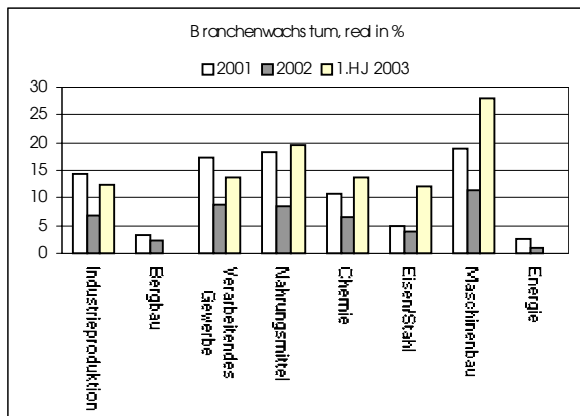


Realwirtschaft: Wachstum in der Industrie, Krise in der Landwirtschaft

Im ersten Halbjahr 2003 hat die industrielle Produktion im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 12,4% zugelegt. Träger des Wachstums waren der Maschinenbau (+27,9%), die Lebensmittelindustrie (+19,5%) und die Eisen- und

Stahlindustrie (+12,1), die gemeinsam 54% der industriellen Produktion erwirtschafteten. Der Maschinenbau konnte sowohl von der lebhaften inländischen Investitionstätigkeit als auch von der Exportnachfrage profitieren, insbesondere im Bereich der Transportmittel. Die Automobilindustrie fertigte im ersten Halbjahr 42.400 Einheiten, das ist mehr als doppelt so viel wie im

gleichen Vorjahreszeitraum. Lediglich die Erdölverarbeitung stagnierte mit 10,2 Mio. Tonnen auf dem Vorjahresniveau. Die gestiegene Kaufkraft macht sich seit Ende 2002 in der Lebensmittelindustrie bemerkbar, insbesondere teurere Waren wie Fleisch und Wurst werden verstärkt nachgefragt (+38,8% bzw. +39,7%). Höhere Weltmarktpreise und die anziehende inländische Investitionsnachfrage lassen die traditionell starke Eisen- und Stahlindustrie wieder wachsen. Innerhalb der verarbeitenden Industrie reagierte die Holzverarbeitung auf die steigende Konsumnachfrage (+21,7%), und auch die anderen Branchen entwickelten sich dynamisch. Einen Boom erlebte im ersten Halbjahr der Bausektor, der allein im Juni ein Plus von 20,6% gegenüber dem Juni des Vorjahres verzeichnete und im ersten Halbjahr insgesamt um 22% wuchs.



Die Landwirtschaft, die 2002 rund 16% des BIP erwirtschaftete, geriet dagegen ins Trudeln. Eisige Fröste im Dezember und Januar haben einen Teil der Wintersaaten zerstört, und die anhaltende extreme Dürre im Frühjahr hat weitere Saaten vernichtet. Im ersten Halbjahr verzeichnete die Landwirtschaft daher eine Abnahme der Produktion um 6%, die auf die schlechten Ergebnisse des Ackerbaus zurückzuführen ist. Die pessimistischen Prognosen von Ernteeinbußen für 2003 in Höhe von 20-30 Mio. Tonnen (Ernte im Vorjahr: 39 Mio. Tonnen) wurden aufgrund einsetzenden Regens inzwischen revidiert, und man geht nunmehr recht optimistisch von einer Ernte aus, die etwa 10 Mio. Tonnen unter dem Vorjahr liegt. Die Ernteeinbußen belasten über den Mangel an Futtermitteln auch die Viehzucht, für die im ganzen Jahr mit einem Rückgang von rund 6% gerechnet wird. Damit wird für die Lebensmittelindustrie der heimische Input teurer. Darüber hinaus

wird die Handelsbilanz belastet, und die Stellung der Ukraine als Player auf dem internationalen Getreidemarkt wird erneut geschwächt.

Box: Panik auf dem Getreidemarkt

In der letzten Juni-Dekade schossen die Preise für Getreide, Brot und andere Getreideerzeugnisse, sowie für Zucker plötzlich bis zu 50% in die Höhe. Die Ursache hierfür ist eine Kopplung von Panikkäufen der Konsumenten, spekulativem Verhalten von Produzenten und geringen Reserven wegen zu hoher Exporte im Vorjahr. Die negativen Erwartungen der Bevölkerung sind zum einen den bereits aufgrund der schlechten Winterernte gestiegenen Getreidepreisen zuzuschreiben. Hinzu kamen durch die extreme Dürre des Frühjahr bedingte negative Prognosen für die Getreideernte, die von den Massenmedien noch geschürt wurden, und die subjektive Wahrnehmung der eigenen Lage bei den vielen kleinen Hauswirtschaften. All das löste einen Run auf die Geschäfte aus.

Die Regierung bemühte sich umgehend, die Lage zu stabilisieren – mit Maßnahmen, die nicht alle marktwirtschaftlichen Gepflogenheiten entsprachen. Der Getreideimport wurde erhöht und Getreide aus der Staatsreserve auf den Markt gebracht. Kommissionen wurden in die Regionen entsandt, um die Lage vor Ort zu klären und Mißbrauch zu verhindern. Verschiedene Anklagen, darunter gegen Vizepremier Kosachenko, wurden erhoben. Die Presse bringt nunmehr durchweg positive Meldungen zur Lage. Darüber hinaus griffen einige Gebietsverwaltungen zu drastischen Maßnahmen, so dass die Preise für bestimmte Güter wieder administrativ reguliert werden. Derzeit wird ein Gesetz vorbereitet, das die Gewinnmarge beim Verkauf von Getreide und Getreideerzeugnissen begrenzt. Damit würde die staatliche Regulierung des Sektors zementiert. Gefordert wird auch die Schaffung eines Handels-Monopols unter staatlicher Regulierung. Beim Zucker verhindert die Zuckerlobby weiterhin eine Marktöffnung und niedrigere Preise.

Die betroffenen Lebensmittel sind für den Großteil der ukrainischen Bevölkerung extrem wichtige Güter, und jede Veränderung dieser Preise wird quasi als Indikator für den Zustand der Volkswirtschaft gesehen. Die Getreidepreise könnten daher auch im Wahlkampf um das Präsidentenamt eine wichtige Rolle spielen.

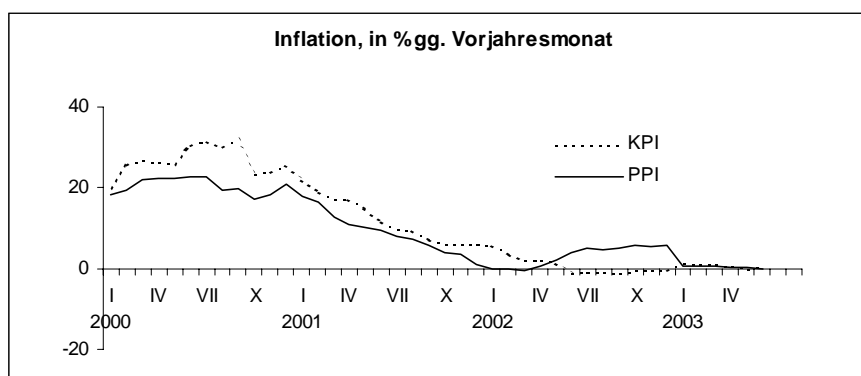
Monetäre Indikatoren: Geldmenge wächst schneller als erwartet

Nachdem die Konsumentenpreise in den letzten Monaten des Jahres 2002 rückläufig gewesen waren, zogen die Preise seit Anfang 2003 wieder an. Im ersten Halbjahr lag die kumulierte Steigerungsrate bei den Konsumentenpreisen mit 4,6% über den Prognosewerten. Dabei stiegen die Preise für Lebensmittel, die 63,5% des Warenkorbes repräsentieren, seit Dezember kumuliert mit 6,4% am stärksten, insbesondere bei Mehl (+37,3%), Kartoffeln (+19,3%) und Zucker (+19,7%). Damit sind gerade die Lebensmittel, die vom Gros der Bevölkerung als existenziell wahrgenommen werden, überproportional teuer geworden, während „Luxusgüter“ wie Wurstwaren wegen des reichlichen Angebotes billiger wurden. Bei den Nicht-Lebensmitteln betrug die Teuerungsrate, gestützt durch den stabilen Kurs der Hryvnja, nur 0,2%, und die Preise für Dienstleistungen erhöhten sich lediglich um 1,8%. Die Juni-Destabilisierung (siehe Box) wirkte sich aus statistischen Gründen noch nicht auf den Preisindex aus und könnte in Anbetracht der ergriffenen administrativen Maßnahmen auch ohne sichtbaren Einfluss bleiben. Die Juni-Inflation, die normalerweise saisonbedingt negative Werte zeigt, war in diesem Jahr allerdings auch ohne diesen Effekt positiv. Für das nächste Halbjahr wird eine höhere Inflationsrate erwartet, da die Lebensmittelpreise saisonbedingt steigen und einige kommunale Dienstleistungen teurer werden.

Von der Fiskalpolitik gingen im ersten Halbjahr keine inflationären Tendenzen aus, das konsolidierte Budget verzeichnete für Januar bis Mai einen Einnahmenüberschuss. Die Budgetrevision im Juni korrigierte dank Mehreinnahmen bei bestimmten Verbrauchsteuern und Akzisen die Einnahmen um 5,9% nach oben, die Ausgaben um 5,6%. Mit den guten Ergebnissen der Unternehmen hat sich die Steuerdisziplin zwar verbessert, der absolute Stand der Steuerschulden wuchs jedoch um rund 5% an. Im Energiesektor stiegen die Steuerschulden trotz besserer Zahlungsmoral der Kunden weiter an. Bei den Steuereinnahmen erzielt mittlerweile das Aufkommen aus der Einkommen-

steuer den größten Anteil mit 28%, gefolgt von den Gewinnsteuern (25%) und der Mehrwertsteuer, die nur noch 20% erbrachte. Der Fiskus hat seine Verbindlichkeiten gegenüber den Unternehmen kaum abgebaut. Die Summe der nicht termingerecht zurückerstatteten Mehrwertsteuer ging bis Mai nur um 200 Mio. Hryvnja auf 2,7 Mrd. Hryvnja (1,4% des BIP) zurück, was für die betroffenen Exporteure eine hohe zusätzliche Belastung darstellt.

Die Geldmenge M3 weitete sich im ersten Halbjahr um 54% aus, wobei nicht sterilisierte Devisenkäufe durch die Zentralbank, aber auch eine lebhafte Kreditvergabe durch die Geschäftsbanken treibende Faktoren waren. Ob das Geldmengenwachstum für die Geldwertstabilität eine Gefahr darstellt, ist unklar. Auch



in den Vorjahren war die Geldmenge stark gestiegen – ohne Auswirkungen auf die Inflation, da es sich vor allem um den Prozess der Remonetisierung der Volkswirtschaft handelte. Wenn allerdings überschüssige Liquidität, wie bei den Panikkäufen, für Konsum ausgegeben wird, stellt sich die Lage anders dar. Kürzlich neu geschaffene Refinanzierungsinstrumente, die den Geschäftsbanken den Einsatz von Unternehmensanteilen als Sicherheiten gestatten, führen dazu, daß das Geldmengenwachstum schwerer zu steuern ist. Zudem besteht gerade im Vorfeld der Wahlen die Gefahr, dass dieses Mittel zu politischen Zwecken mißbraucht wird. Die Nationalbank verfolgt die Preisentwicklung kritisch, hat aber wegen des schwach entwickelten Wertpapiermarktes nur beschränkte Eingriffsmöglichkeiten, um dem Markt direkte Liquidität zu entziehen. Zudem scheint das Ziel der Währungsstabilität eine höhere Priorität zu besitzen als das der Preisniveaustabilität. Dass der für 2003 anvisierte Zielkorridor eines Geldmengenwachstums von 22-27% gehalten werden kann, ist daher wenig wahrscheinlich.

Aussenhandel: Höherer Überschuss, steigende Direktinvestitionen, verstärkte Kapitalflucht

Die Handelsbilanz spiegelt die Belebung der Wirtschaftstätigkeit wider. In den ersten fünf Monaten des Jahres stiegen nach Angaben des Statistikamtes die Exporte um 27%, die Importe um 29,2%. Der größte Zuwachs wurde mit 37,3% bei den Exporten in die europäischen Staaten erreicht, in die GUS gingen 28,7% mehr Exporte, während Asien als Zielland mit einem Zuwachs von nur 10% bei den Exporten im Gegensatz zum Vorjahr keine bedeutende Rolle spielte. Die Handelsbeziehungen mit Russland und mit Kasachstan intensivierten sich seit den Bemühungen um Beilegung der Handelskonflikte sichtbar, bei den Exporten sowie bei den Importen lagen die Steigerungsraten über dem Durchschnitt. Auch die im Februar unterzeichnete Absichtserklärung der drei Staaten, einen gemeinsamen Markt zu bilden, hat die Beziehungen entspannt. Die Warenstruktur des Aussenhandels zeigt insgesamt wenig Veränderung. Die Exporte im Bereich Eisen und Stahl nahmen um 33% zu, und machen nunmehr 31,2% der Gesamtexporte aus. Laufende Anti-Dumping-Verfahren und gesunkene Quoten für ukrainische Erzeugnisse, die teilweise schon im Juli ausgeschöpft waren, setzten dem Exportwachstum in diesem Sektor allerdings Grenzen. Erstmals möglich wurden in 2003 Reexporte von in Russland und Turkmenistan aufgekauftem Gas, das immerhin 3% der Exporte erbrachte. Die Getreideexporte brachen sichtbar um nahezu 40% ein, während sich die Getreideimporte fast verfünffachten. Die Importseite zeigt die verstärkte Investitionstätigkeit – Anlagenimporte stiegen um 25%, Importe von Transportausrüstungen um fast 80%. Die Stabilität der Hryvnja könnte für die Exporteure, die im Bereich Eisen und Stahl ohnehin mit sinkender Produktivität zu kämpfen haben, zu einem Problem werden. Im Verhältnis zum Dollar blieb die Hryvnja im ersten Halbjahr nominal stabil, was einer realen Aufwertung gleichkommt, gegenüber dem Euro wertete er nominal um 10,2%, gegenüber dem russischen Rubel um 5,3% ab.

Die Kapitalbilanz zeigt auf der einen Seite eine erfreuliche Zunahme der in den Vorjahren schwachen Direktinvestitionen um 145% im ersten Quartal. Den zugeflossenen 299 Mio. USD steht jedoch ein Abfluss von Portfolioinvestitionen in Höhe von 817 Mio. USD gegenüber. Dabei handelt es sich nicht nur um Gewinnrepatriierung oder Aktienrückkäufe, sondern auch um Kapitalflucht aus dem Land. Gegen die

vermuteten Ursachen dieser Entwicklung, zum Beispiel den unter-Preis-Verkauf und Rückkauf von Staatspapieren von Inländern an Ausländer, hat die Nationalbank bereits im Februar regulative Maßnahmen ergriffen.

Aussenhandelsentwicklung 1-5 2003

	Mio.USD	Veränd.gg.Vj. In %
Exporte	8532	27
CIS	2023	28,7
Europa	3397	37,2
Asien	2162	10,9
Importe	8077	29,2
GUS	4337	28,5
Europa	2654	27,4
Asien	655	60
Saldo	455	

Mit der Bedienung der Außenschulden hatte die Ukraine trotz einer Spitzenbelastung von 350 Mio. USD im März bislang keine Probleme. Im Mai verbesserte Standard&Poor's das B-Rating für kurz- und langfristige Papiere der Ukraine von „negativ“ auf „stabil“. Dies erleichterte die Emission der ersten neuen Eurobond-Anleihe seit dem Jahr 2000, die im Juni unter Beteiligung u.a. der Dresdner Bank mit einem Zins von 7,65% plazierte wurde. Die Anleihe hat ein Volumen von 800 Mio. USD, statt der geplanten 600 Mio., und eine Laufzeit von 10 Jahren. Neue Kapitalzuflüsse vom IWF stehen in diesem Jahr nicht in Aussicht, da die Juni-Mission erneut die zögerliche Umsetzung der Strukturreformen kritisierte. Die im Dezember 2002 getroffene Entscheidung der FATF (Financial Action Task Force), die Ukraine wegen ihrer mangelhaften Gesetze gegen die Geldwäsche auf die schwarze Liste zu setzen, wurde bislang nicht revidiert.

Soziale Lage: Verdeckte Probleme

Die Einkommensentwicklung in der Ukraine blieb im ersten Halbjahr 2003 erfreulich. Die Nominaleinkommen der Bevölkerung stiegen bis Mai um 11,1%, das verfügbare Realeinkommen um 6,6%. Ursächlich hierfür ist die Entwicklung der Reallöhne, die im ersten Halbjahr um 15,3% auf durchschnittlich 439,26 UAH stiegen. Die regionale Differenzierung der Einkommen ist aber nach wie vor hoch – im Westen des Landes liegt das Lohnniveau rund ein Viertel unter dem Durchschnitt, in der Hauptstadt 64% darüber. Katastrophal niedrig sind die offiziellen Einkommen in der Landwirtschaft, die nicht einmal die Hälfte des Durchschnittseinkommens erreichen. Noch ungünstiger ist die Situation für die von der privaten Lebensmittel-

produktion ausgeschlossenen Bediensteten des Staatssektors, obwohl sie von der Anhebung der Mindestlöhne um 12% zum Anfang des Jahres profitierten. Die für Juli geplante weitere Anhebung des Mindestlohnes auf 237 UAH wurde auf Dezember verschoben. Die Problematik der verspäteten Lohnzahlungen im Staatssektor ist bis auf die Verbindlichkeiten aus der Tschernobyl-Katastrophe gelöst. Außerhalb des Budgetsektors scheint das Problem fortzubestehen, wie die Streiks um Ausbezahlung der Löhne von Bauarbeitern in Kiev im Juni zeigten. Prekär ist nach wie vor die Lage der Pensionäre, die durchschnittlich mit 150 UAH im Monat auskommen müssen. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Juni-Wert des letzten Jahres um einen Prozentpunkt gesunken, im Juni waren offiziell knapp über eine Million Arbeitslose gemeldet. Gemessen nach der ILO-Methodologie dürfte die Zahl um einiges höher liegen, und viele der als Selbständig gemeldeten Personen betreiben Ein-Mann-Unternehmen, deren finanzielle Position kaum gesichert scheint.

Strukturwandel und institutionelles Umfeld

Die Privatisierung kommt nach den unbefriedigenden Ergebnissen des Vorjahres auch 2003 nicht im erhofften Tempo voran. Im Frühjahr wurde der bisherige Leiter des staatlichen Vermögensfonds Bondar entlassen, sein bisheriger Stellvertreter Tihipko soll den Prozess nun neu beleben. Der größte Deal des Jahres, der Verkauf von 25% des Mobilfunkanbieters UMC, fiel noch in die Amtszeit von Bondar. Auch unter dem neuen Leiter bleibt die Lage schwierig: Einige von der ukrainischen Regierung als attraktiv angesehene Unternehmen im Bereich Eisen und Stahl fanden keine Interessenten, bei anderen fand sich nur ein Bewerber, viele Angebote wie z.B. für die Schwarzmeer-Werft entsprechen nicht den Preisvorstellungen des Fonds. Diese Verzögerungen halten den dringend gebotenen Restrukturierungsprozess bei den großen Unternehmen auf. Trotz der guten Ergebnisse in der Produktion arbeiteten im April 2003 nach Angaben des Wirtschaftsministeriums immer noch 44% der Unternehmen mit Verlusten, nur die Summe der Verluste nahm geringfügig ab. Dagegen hat sich die Zahlungsmoral der Unternehmen weiter stabilisiert, die Inter-Unternehmensverschuldung stieg relativ zur dynamischen Entwicklung der Geschäftstätigkeit gesehen nicht an, ebenso wenig der Umfang der Barter-Transaktionen.

Die Reform des Steuersystems konzentriert sich bislang auf die Steuersätze. Die progressive Einkommensteuer mit einem Grenzsteuersatz von 40% wurde in eine einheitliche Rate von 13% umgewandelt. So soll die Steuermoral verbessert und der hohe Anteil der Schattenwirtschaft – deren Umfang wird von verschiedenen Quellen von mindestens 23% des BIP auf bis zu 115% des BIP geschätzt - gesenkt werden. Bei der Mehrwertsteuerreform, die zum 1.1. 2004 einen auf 17% reduzierten Satz vorsieht, wurden entscheidende Ausnahmen beibehalten. Zu einem grundlegenden Umbau, weg von der Subventionspraxis für bestimmte Zweige und Gruppen, konnte man sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen nicht durchringen. Dem Fiskus entgehen somit Einnahmen in der Größenordnung von 2% des BIP.

Das institutionelle Umfeld wird von den Unternehmen nach wie vor als schlecht betrachtet. In der Mai-Umfrage des Kiewer Institute For Economic Research and Policy Consulting (IER) gaben 40,4% der Unternehmen an, sich durch die exzessive staatliche Regulierung, häufige Gesetzesänderungen und die Korruption in ihrer Geschäftstätigkeit behindert zu sehen. Tatsächlich wird die Korruption im Umgang mit Behörden als ein normales Phänomen akzeptiert. Im Oktober 2002 gaben 70% der Unternehmen an, zu diesem Mittel greifen zu müssen, „damit die Dinge erledigt“ werden. Die Bedeutung informeller Beziehungen zu Behörden auf allen Ebenen für die Geschäftstätigkeit wird dementsprechend außerordentlich hoch eingeschätzt, und die Manager von Großbetrieben wenden fast 18% ihrer Arbeitszeit für die Pflege dieser Kontakte auf. Wie das IER feststellt, hat sich an dieser Situation seit 1999 kaum etwas geändert. Dies macht die Ukraine für ausländische Investoren wenig attraktiv. Es dürfte aber auch die fortgesetzte Tendenz zur „Oligarchisierung“ der ukrainischen Wirtschaft erklären, da ein gleichzeitiges Agieren in Politik und Wirtschaft unter solchen Umständen durchaus effizient ist.

Prognose: Abgeschwächtes Wachstum im zweiten Halbjahr

Die jüngste Gemeinschaftsprognose von Ministerien, Nationalbank, internationalen und ukrainischen Finanzinstitutionen vom Mai 2003 korrigierte das für 2003 erwartete Wachstum von den im Februar prognostizierten 3,8% nach oben auf 5%. Dabei wird eine weiterhin lebhaft inländische Nachfrage sowohl nach Konsumgütern als auch nach Investitionsgütern zu Grunde

gelegt. Das Wirtschaftsministerium geht davon aus, dass sich das Wachstum der Industrie u.a. auf Grund sinkender Weltmarktpreise für Eisen und Stahl in der zweiten Jahreshälfte abschwächt und für 2003 etwa 9% erreichen wird. Die Ausfälle in der Landwirtschaft, für die das Wirtschaftsministerium allein im Ackerbau mit einem Rückgang von 13,6% rechnet, tragen ebenfalls zur Abschwächung der Dynamik bei. Das Exportwachstum wird sich nach Ansicht der Teilnehmer auch bei einer stabilen Nachfrage auf dem Weltmarkt verlangsamen, da der UAH nicht im erwarteten Umfang abwertet und die Preise zurückgehen. Eine weitere Rolle dürften ausgeschöpfte Exportquoten spielen.

Angesichts der Lage auf dem Lebensmittelmarkt wurden die Werte für die erwartete Jahresinflation um 1,4 Prozentpunkte auf 5,6% nach oben angepasst. Bezüglich des Staatshaushaltes waren sich die Experten uneins, was die Ausgabenseite betraf. Die Größenordnung der Verschuldung wird jedoch unter einem Prozent des BIP liegen, ausgegangen wird von -0,4%. Der Zufluss von Privatisierungseinnahmen und die Kapitalaufnahme im Ausland werden damit die Finanzierungslücke schließen können.

Ukraine: Wichtige Wirtschaftsindikatoren 2000-2004

		2000	2001	2002	1.HJ 2003	2003*	2004**
Produktionsentwicklung, real							
BIP	Veränderg. gg. Vorj.,%	5,8	9	4,8	7,5	5	5,1
Industrie	Veränderg. gg. Vorj.,%	12,5	14,2	7	12,4	9	
Landwirtschaft	Veränderg. gg. Vorj.,%	9,2	9,9	1,9	-6	-10	
Bau	Veränderg. gg. Vorj.,%	0,8	8,3	8,9	22		
Brutto-Anlageinvestitionen	Veränderg. gg. Vorj.,%	14,4	20,8	6,2	23,11	7,6	7,7
Einzelhandelsumsatz	Veränderg. gg. Vorj.,%	6,9	12,6	14,8	16,5		
Außenwirtschaft							
Exporte	Veränderg. gg. Vorj.,%	17,9	9,5	10,7	27		
Importe	Veränderg. gg. Vorj.,%	18,9	14,1	4,9	29,2		
Leistungsbilanzsaldo	% des BIP	3,8	3,7	7,5	11,91	5,6	4
Wechselkurs	UAH/USD Periodenende	5,43	5,35	5,33	5,33	5,4	5,49
Direktinvestitionen	netto, Mio. USD	594	769	698	2991	771	828
Preisentwicklung							
Konsumgüterpreise	%, Dez./Dez.	25,8	6,1	-0,6	4,6	7,6	5,3
Produzentenpreise	%, Dez./Dez.	20,8	0,9	5,7	3,9	6,8	5,5
Staatshaushalt							
Budgetsaldo	% des BIP	-0,7	-1,9	0,8		-0,4	-0,1

*Prognose; **Gemeinschaftsprognose; 1: 1. Quartal 2003.

Quelle: OEI-Datenbank unter Verwendung nationaler Statistiken.